
Funktionsverlagerung und Verrechnungspreise

Björn Heidecke · Richard Schmidtke
Jobst Wilmanns
(Hrsg.)

Funktionsverlagerung und Verrechnungspreise

Rechtsgrundlagen, Bewertungen, Praxistipps

Herausgeber
Björn Heidecke
Hamburg, Deutschland

Jobst Wilmanns
Frankfurt/Main, Deutschland

Richard Schmidtke
München, Deutschland

ISBN 978-3-658-09025-8 ISBN 978-3-658-09026-5 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-09026-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer Gabler

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Gabler ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

*Zu wissen, was man weiß,
und zu wissen, was man tut,
das ist Wissen.
Konfuzius*

Konzernsteuerpolitik hat in den letzten Jahren weltweit das Interesse der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht investigative Journalisten und Organisationen die Steuerpolitik international agierender Konzerne untersuchen und veröffentlichen. Die Finanzorganisation multinationaler Unternehmen steht somit nicht nur vor der Herausforderung, steuerliche Sachverhalte gegenüber den jeweiligen Finanzverwaltungen zu verteidigen, sondern vielmehr die Konzerne vor Reputationsschäden zu schützen. Dort, wo die Grenzen zwischen Legalität und Legitimität ausgereizt werden, gilt ein besonderes öffentliches Interesse. Die Gefahr derart öffentlich geführter Diskussionen ist die Pauschalierung und somit das Risiko – trotz einer seriösen Konzernsteuerpolitik – mit in den Strudel der Diskussionen gezogen zu werden. Umso wichtiger erscheint es, die Rahmenbedingungen und die Parameter einer Konzernsteuerstrategie zu verstehen, um diese beurteilen zu können.

Basierend auf den G-20-Beschlüssen in St. Petersburg im Jahr 2012 hat die OECD Empfehlungen im Rahmen der sog. BEPS-Aktionspunkte verabschiedet, die nun über die verschiedenen Handlungsebenen (nationales Recht, Völkerrecht, EU-Recht) umgesetzt werden sollen. Martin Kreienbaum, Leiter der Unterabteilung für internationales Steuerrecht des Bundesministerium für Finanzen, beschrieb auf dem 4. BMF-Symposium zur internationalen Steuerpolitik am 27. November 2015 die Umsetzung des BEPS-Aktionsplans wie folgt: „Auf die Globalisierung der Wirtschaft folgt nun die Globalisierung der steuerpolitischen Entscheidungen mit einer Globalisierung der Steuerverwaltungen als nächstem Schritt.“ Kernziele der BEPS-Aktionspunkte sind die Schaffung von internationaler Abstimmung, um beispielsweise weiße Einkünfte zu vermeiden, die

Erfüllung von Substanzanforderungen sowie eine erhöhte Transparenz, beispielsweise durch Informationssautausch zwischen den Finanzverwaltungen.

Vorboten des BEPS-Aktionsplans waren nach Einführung der Verrechnungspreisdokumentationsvorschriften im Jahr 2003 sowie anschließend die international erstmaligen gesetzlichen Regelungen zur Funktionsverlagerung. Auch dieser Weg hin zum neu gefassten § 1 Abs. 3 AStG im Rahmen des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 war geprägt von der öffentlichen Vermutung, dass Umstrukturierungen in Konzernen vielfach steuerlich getrieben sind. Die OECD ergänzte in Folge einer international intensiven Auseinandersetzung zum Thema Funktionsverlagerung die OECD-Verrechnungspreisrichtlinien um das Kap. 5 „Business Restructuring“. In beiden Regelungen stehen im Fokus der Betrachtung die Fragen nach der definitorischen Abgrenzung der Begriffe „Funktionsverlagerung“ bzw. „Business Restructuring“, der Anwendung des hypothetischen Fremdvergleichs sowie in der Folge die Bewertung etwaiger steuerlicher Ausgleichszahlungen. In der Praxis hat sich mittlerweile erwiesen, dass sich die steuerlichen Konsequenzen von konzerninternen Umstrukturierungen zunehmend investitionshemmend auswirken. Es muss jedoch auch von der Finanzverwaltung, den Gesetzgebern und Steuerorganisationen sowie der OECD in Betracht gezogen werden, dass Konzerne im Kontext permanent veränderter Rahmenbedingungen, wie z. B. gegenwärtig die digitale Revolution, und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gezwungen sind, sich immer wieder neu zu erfinden und somit bestehende Strukturen in Fragen zu stellen. Nicht nur sondern insbesondere auch in Deutschland wird das Thema „Vorliegen einer Funktionsverlagerung“ in laufenden Betriebsprüfungen verstärkt – auch teilweise aggressiv – aufgegriffen. In vielen Fällen werden pauschalisierte Vermutungen bei Veränderungen von konzerninternen Wertschöpfungsketten angestellt, ohne dass weder eine eingehende betriebswirtschaftliche Untersuchung noch eine ausreichende Auseinandersetzung mit dem vorhandenen steuerlichen Regelungswerk vorgenommen wird. Sowohl durch die bestehende Betriebsprüfungspraxis als auch durch die Umsetzung der OECD-Maßnahmen zu BEPS ist mit einer erheblichen Zunahme an Doppelbesteuerungen im Kontext von konzerninternen Umstrukturierungen und der hiermit verbundenen Anwendung der Regelungen zur Funktionsverlagerung zu rechnen.

Im vorliegenden Handbuch „Funktionsverlagerung und Verrechnungspreise“ haben sich interdisziplinär erfahrene und mit der Praxis verbundene Verrechnungspreisexperten, Rechtsanwälte, Unternehmensberater, Industrievertreter und Vertreter der Finanzverwaltung mit dem Themenkomplex „Funktionsverlagerung“ befasst und systematisch die betriebswirtschaftlichen Grundlagen, die steuerlichen und rechtlichen Regelungen, Bewertungsaspekte sowie die hiermit verbundenen Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen analysiert. In den Kapiteln setzen sich die Autoren kritisch mit den Fragen auseinander, wann eine Funktionsverlagerung vorliegt und welche steuerlichen Konsequenzen hieraus erwachsen. Es wurde bewusst eine praxisbezogene Darstellung gewählt, in der auch Erfahrungen und Implikationen zu Wort kommen. Am Ende des Handbuches geben Entscheidungsträger aus verschiedenen Industrien sowie Vertreter der Finanzverwaltung Einschätzungen und Erfahrungen im praktischen Umgang mit dem Thema Funktionsverlagerung.

Insofern ist das Ziel dieses Praxishandbuchs, den Leser umfassend interdisziplinär zu Fragestellungen im Kontext von Funktionsverlagerungen zu informieren, bei konzerninternen Umstrukturierungen Handlungsoptionen aufzuzeigen sowie aus der betriebswirtschaftlichen, der steuerlichen und rechtlichen Sichtweise zu begleiten. Es ist unvermeidlich im Publikationsprozess einem Zeitpunkt zu definieren, nachdem keine Änderungen in Rechtsprechung und Gesetzesentwicklung mehr berücksichtigt werden können. Diese 1. Auflage reklamiert als Redaktionsschluss den 01.06.2016. Der Aufbau und die Inhalte dieser Publikation sind in Anlehnung an die von Konfuzius formulierte Weisheit „Zu wissen, was man weiß, und zu wissen, was man tut, das ist Wissen.“ ausgerichtet.

Das vorliegende Buch wäre ohne die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Springer Verlag, insbesondere ohne die Unterstützung von Herrn Andreas Funk, Frau Anna Pietras und Frau Sylvia Meier, nicht zustande gekommen. Besonderer Dank gilt den Unternehmensvertretern sowie der Finanzverwaltung für ihre Bereitschaft und ihre Zeit, den Fokus dieses Handbuchs im Rahmen von Interviews zu reflektieren. Zu nennen sind hier Frau Dr. Menninger, Herr Dr. Bremer, Herr Dr. Lagarden, Herr Kuckhoff und Herr Naumann. Des Weiteren möchten wir uns ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen Dr. Michèle Weynandt, Dr. Katharina Crössmann, Angelina Schulmeister, Regina Götz, Daniela Griese sowie dem Deloitte-Marketing-Team für die sehr konstruktive und kritische Unterstützung bedanken, die einen effizienten Umsetzungsprozess dieses Handbuchs ermöglicht haben.

Für Anregungen und Hinweise sind wir dankbar. Wir freuen uns auf einen spannenden Austausch und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Hamburg, Deutschland
München, Deutschland
Frankfurt/Main, Deutschland
Juni 2016

Björn Heidecke
Richard Schmidtke
Jobst Wilmanns

Inhaltsverzeichnis

1	Verrechnungspreise bei Umstrukturierungen	1
	Björn Heidecke und Heike Schenkelberg	
1.1	Einleitung	1
1.2	Verrechnungspreisthemen bei Umstrukturierungen	2
1.2.1	Verrechnungspreisthemen	4
1.2.2	Ergänzende allgemeine steuerliche Themen	10
1.3	Zusammenfassung: Praxistipp.	15
	Literatur	16
2	Betriebswirtschaftliche Grundlagen zu Umstrukturierungen	19
	Björn Heidecke, Andreas Süß und Christine Hoefler	
2.1	Betriebswirtschaftliche Realitäten.	19
2.2	Umstrukturierung – Umwandlung – Sanierung – Restrukturierung? ...	20
2.3	Theoretischer Rahmen: Ein Struktur-Prozess-Modell der Umstrukturierung	22
2.3.1	Strukturdimension	22
2.3.2	Zieldimension	32
2.3.3	Prozessdimension	34
2.4	Praktische Anwendung: Implikationen für Bewertungen von Funktionsverlagerung.	37
2.5	Praxisbeispiel Prozessebene: Deloitte-Value-Pyramide	39
2.5.1	Strategische Alternativen.	40
2.5.2	Methodik	42
2.6	Zusammenfassung.	49
	Literatur	50
3	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen einer Umstrukturierung	53
	Felix Felleisen und Maximilian Backhaus	
3.1	Einführung.	54
3.2	Umstrukturierungsvorgänge auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage ...	56

3.2.1	Die gesellschaftsrechtlichen Umwandlungsmöglichkeiten	56
3.2.2	Grenzüberschreitende Sitzverlegung	64
3.2.3	Sonstige gesellschaftsrechtlich geprägte Umstrukturierungsmöglichkeiten	68
3.3	Umstrukturierungsvorgänge auf vertraglicher Grundlage.	70
3.3.1	Einleitung.	70
3.3.2	Grundlagen zur Gestaltung einer vertraglichen Umstrukturierung.	71
3.3.3	Entschädigung, Ausgleich und Schadensersatz bei vertraglichen Umstrukturierungen.	72
3.4	Haftungsrisiken für Gesellschafter und Unternehmensleitung bei Umstrukturierungen.	73
3.5	Arbeitsrechtliche Konsequenzen von Umstrukturierungen.	74
3.6	Sonstige rechtliche Themen im Zusammenhang mit Umstrukturierungsvorgängen	77
	Literatur	78
4	Steuerrechtliche Rahmenbedingungen von Funktionsverlagerungen.	81
	Michael Puls und Christina Storm	
4.1	Einleitung	81
4.2	Tatbestandsmerkmale einer Funktionsverlagerung	83
4.2.1	Überblick	83
4.2.2	Begriff der Funktion	84
4.2.3	Ausprägungsformen einer Funktionsverlagerung	88
4.2.4	Negativabgrenzung	91
4.2.5	Beispielhafte Fallgestaltungen einer Funktionsverlagerung	94
4.3	Transferpaket und Bewertungsansatz	97
4.3.1	Tatsächlicher Fremdvergleich	97
4.3.2	Einzelbewertung als Ausnahme.	97
4.3.3	Hypothetischer Fremdvergleich.	100
4.4	Weitere praktische Überlegungen	104
4.4.1	Zivilrechtliche Schadenersatz- bzw. Ausgleichsansprüche als Transferpaketersatz (§ 8 FVerlV)	104
4.4.2	Preisanpassungsregelung.	104
4.4.3	Gestaltungsoption: Lizenzierung des Transferpakets	105
4.4.4	Funktionsverlagerung innerhalb Deutschlands – Anwendbarkeit der Geschäftschancenlehre	106
	Literatur	107

5	Business Restructurings aus Perspektive der OECD und aktuelle BEPS-Entwicklungen	111
	Silke Lappé, Paul Chao und Michèle Weynandt	
5.1	Einführung	111
5.2	Business Restructurings im Sinne der OECD	112
5.2.1	Definition der Funktionsverlagerung bzw. Umstrukturierung. . .	113
5.2.2	Die Anwendung des Fremdvergleichsmaßstabs	113
5.2.3	Die Systematik zur Bestimmung einer fremdüblichen Vergütung.	115
5.2.4	Überblick über die sonstigen Themengebiete in Kap. 9 OECD-Verrechnungspreisrichtlinien	121
5.3	Der BEPS-Aktionsplan der OECD	123
5.3.1	Einführung	123
5.3.2	Hintergründe zum BEPS-Aktionsplan	124
5.3.3	Aufbau und Inhalt der einzelnen Maßnahmen.	127
5.3.4	Ausblick/Umsetzung in nationales Recht	136
5.4	Anwendungsbereich: BEPS und die Digitale Wirtschaft	143
5.4.1	Hintergrund und Problemstellung	144
5.4.2	Diskutierte Lösungsansätze	145
	Literatur	147
6	Transferpaketbewertung	149
	Richard Schmidtke, Heike Schenkelberg und Florian Eger	
6.1	Grundprinzipien bei der Transferpaketbewertung bei Funktionsverlagerungen	149
6.1.1	Bewertungsobjekt und Bewertungsmaßstäbe	150
6.1.2	Grundsätze der Transferpaketbewertung nach § 1 Abs. 3 AStG – hypothetischer Fremdvergleich als Bewertungsmethode.	152
6.2	Transferpaketbewertung gemäß den Vorgaben der Finanzverwaltung	155
6.2.1	Grundlegende Elemente der Transferpaketbewertung – Übersicht	156
6.2.2	Bestimmung der Gewinnpotenziale und Barwertermittlung	156
6.2.3	Kapitalisierungszeitraum	160
6.2.4	Kapitalisierungszinssatz	161
6.2.5	Berücksichtigung von Steuereffekten	163
6.2.6	Bestimmung eines Wertes im Einigungsbereich	165
6.2.7	Bewertung eines Transferpakets – Anwendungsbeispiel BMF-Schreiben FV	165

6.3	Transferpaketbewertung gemäß betriebswirtschaftlicher Grundsätze	169
6.3.1	Übersicht Barwertverfahren	169
6.3.2	Anwendungsbeispiele	172
6.4	Zusammenfassung	178
	Literatur	179
7	Ermittlung des Kapitalisierungszinssatzes	181
	Björn Heidecke, Marc Hübscher und Florian Eger	
7.1	Einleitung	181
7.2	Gesetzliche Vorgaben im Rahmen der Funktionsverlagerung	182
7.3	Der Kapitalisierungszinssatz beim DCF-Verfahren (WACC-Ansatz) vs. Ertragswertverfahren	184
7.4	Eigenkapitalrendite	185
7.4.1	Eigenkapitalkosten nach dem CAPM-Ansatz	185
7.5	Fremdkapitalrendite	208
7.6	Eigenkapital- und Fremdkapitalquote	208
7.7	Steuersatz	210
7.8	Abschlussbeispiel: Ermittlung des WACC unter Einbezug des CAPM	211
	Literatur	250
8	Planzahlen, Wachstumsraten und der Terminal Value	255
	Björn Heidecke und Marc Hübscher	
8.1	Einleitung	255
8.2	Ermittlung von Wachstumsraten für die Detailsplanungsphase	256
8.2.1	Das CAGR-Modell	257
8.2.2	Zusammenhang zwischen verschiedenen Wachstumsraten der Gewinn- und Verlustrechnung	258
8.3	Die Ermittlung des Terminal Values	260
8.3.1	Überblick	260
8.3.2	Ermittlung von langfristigen Wachstumsraten für die Terminal-Value-Phase	262
	Literatur	263
9	Ausgleichsanspruch nach § 89b HGB für Vertriebsunternehmen und die Bedeutung für die Bewertung von Funktionsverlagerungen	265
	Felix Felleisen, Björn Heidecke und Janis Sussick	
9.1	Einleitung	266
9.2	Profile: Eigenhändler, Kommissionär und Handelsvertreter	267
9.2.1	Eigenhändler	267
9.2.2	Verkaufskommissionär	267
9.2.3	Handelsvertreter	268
9.2.4	Zusammenfassung	268

9.3	Tatbestandsmerkmal „Ausgleichsanspruch“	268
9.3.1	Beendigung	269
9.3.2	Erhebliche Vorteile.	270
9.3.3	Billigkeit	270
9.4	Analoge Anwendung	270
9.5	Ausschluss des § 89b HGB	272
9.5.1	Kein grundsätzlicher Ausschluss des § 89b HGB bei Konzernsachverhalten	272
9.5.2	Ausschluss des Ausgleichsanspruchs	272
9.6	Höhe des Ausgleichsanspruchs	276
9.6.1	Berechnungsgrundlagen	276
9.6.2	Besonderheiten bei Eigenhändlern	277
9.6.3	Höchstgrenze	278
9.7	Vereinfachte Berechnung für Eigenhändler	278
9.8	§ 89b HGB bei Funktionsverlagerungen.	285
9.8.1	Anwendung dem Grunde nach	286
9.8.2	Anwendung der Höhe nach	286
9.8.3	Die Münchner Formel in der Kundenstammbewertung	287
9.8.4	Anwendung bei einer Funktionsabschmelzung.	287
	Literatur	288
10	Multiplikatorverfahren	291
	Björn Heidecke und Janis Sussick	
10.1	Überblick.	291
10.2	Anwendungsmöglichkeiten im Rahmen von Funktionsverlagerungen.	292
10.3	Funktionsweise des Multiplikatorverfahrens	294
10.3.1	Schritt 1: Beschreibung des zu bewertenden Unternehmens.	295
10.3.2	Schritt 2: Auswahl des Multiplikators.	296
10.3.3	Schritt 3: Auswahl von Vergleichsunternehmen	302
10.3.4	Schritt 4: Berechnung der Multiplikatoren	307
10.3.5	Schritt 5: Wertermittlung	311
10.4	Zusammenfassung: Eingeschränkte Anwendbarkeit bei Funktionsverlagerungen	312
	Literatur	314
11	Funktionsverlagerungen bei Betriebsstätten	317
	Julia Gehri, Claas Buurman und Jochen Breunig	
11.1	Einleitung	317
11.2	Betriebsstättenbegründung aufgrund einer Umstrukturierung	318
11.3	Die Betriebsstätte als Besteuerungstatbestand	318
11.4	Begriff der Betriebsstätte.	319
11.5	Die Besteuerung der Betriebsstätte	321

11.6	Aktuelle Entwicklungen in Zusammenhang mit Betriebsstätten	322
11.6.1	Internationale Urteile.	322
11.6.2	BEPS-Maßnahme Nr. 7.	323
11.6.3	Auswirkungen der neuen Regelungen.	328
11.7	Die Gewinnaufteilung und Einkünfteermittlung in Betriebsstättenfällen durch Verankerung des Fremdvergleichsgrundsatzes im nationalen Recht gemäß § 1 Abs. 5 AStG.	329
11.7.1	Rechtliche Entwicklung	329
11.7.2	Die Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf Betriebsstätten per Selbstständigkeitsfiktion.	330
11.7.3	Die Gewinnaufteilung und Einkünfteermittlung in Betriebsstättenfällen	331
11.7.4	Zweistufige Vorgehensweise für die Gewinnaufteilung bzw. Einkünfteermittlung	332
11.7.5	Die Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung (BsGaV).	333
11.7.6	Entwurf Verwaltungsgrundsätze Betriebsstättengewinnaufteilung (VWG BsGa-E)	334
11.7.7	Verhältnis von § 1 Abs. 5 AStG gegenüber den DBAs	335
11.8	Umstrukturierungen bei Betriebsstätten und damit einhergehende Entstrickungen sowie Funktionsverlagerungen.	336
11.8.1	Bedeutung der Personalfunktion	336
11.8.2	Entstrickung/Überführung einzelner Wirtschaftsgüter	339
11.8.3	Funktionsverlagerungen	342
	Literatur	349
12	Bewertungen im Rahmen von Umstrukturierungen insbesondere für handelsbilanzielle Zwecke	351
	Steffen Säuberlich und Ulrike Scharnowski	
12.1	Einleitung	351
12.2	Wesentliche IDW-Standards und Rechnungslegungsvorschriften	352
12.2.1	IDW-S1- Gutachten.	353
12.2.2	PPA-Gutachten gemäß IFRS 3	365
12.3	Zusammenfassung.	379
	Literatur	380
13	Steuerrechtliche Grenzen bei Umstrukturierungen	383
	Steffen Voll, Roland Pfeiffer und Paul Chao	
13.1	Einleitung	383
13.2	Vertragliche Gestaltungen.	385
13.2.1	Bedeutung von konzerninternen Verträgen	385
13.2.2	Konzerninterne Verträge und (abweichendes) tatsächliches Verhalten	387

13.2.3	Grundsätze der sog. Substance over Form	387
13.2.4	Konzerninterne Verträge und von dem Vereinbarten abweichende steuerliche Rechtsfolgen	389
13.3	Substanzerfordernisse und künstliche Gestaltungen	391
13.3.1	Einführung	391
13.3.2	Personelle und sachliche Substanz	392
13.3.3	Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten (§ 42 AO)	393
13.3.4	Hinzurechnungsbesteuerung (§ 7 ff. AStG)	396
13.4	Weitere steuerlich relevante Vorschriften für Umstrukturierungen	398
13.4.1	Fremdvergleichsgrundsatz (§ 1 Abs. 1 S. 1 AStG)	398
13.4.2	Mindestbesteuerung (§ 10d EStG)	399
13.4.3	Zinsschranke (§ 4h EStG i. V. m. § 8a KStG)	400
13.4.4	Verhinderung der doppelten Verlustnutzung bei Organschaften (§ 14 Abs. 1 S. 1 Nr. KStG)	401
13.4.5	Funktionsverlagerung (§ 1 Abs. 3 S. 9 f. AStG)	402
13.4.6	Ausweitung des Korrespondenzprinzips (§ 8b Abs. 1 S. 2 KStG)	402
13.4.7	Verlustabzug bei Körperschaften (§ 8c KStG)	403
13.4.8	Negative Einkünfte mit Bezug zu Drittstaaten (§ 2a EStG)	404
13.4.9	Versagen von Abkommensvorteilen (§ 50d Abs. 3 EStG, § 50d Abs. 9 EStG)	404
13.4.10	§ 50d Abs. 3 EStG (Vermeidung von „Treaty-Shopping“ und „Directive-Shopping“)	405
13.4.11	§ 50d Abs. 9 EStG (Einschränkung der DBA-Freistellungsmethode)	408
13.4.12	Exkurs: Treaty Override	409
13.5	Internationaler Informationsaustausch in Steuersachen	409
13.5.1	Einführung	409
13.5.2	Rechtsgrundlagen für den Informationsaustausch	410
13.5.3	Grenzüberschreitende Betriebsprüfungen (Joint Audit)	414
	Literatur	415
14	Mitwirkungs- und Aufzeichnungspflichten	419
	Richard Schmidtke und Patrick Tränka	
14.1	Mitwirkungspflichten	419
14.1.1	Allgemeine Mitwirkungspflichten	420
14.1.2	Erweiterte Mitwirkungspflichten	424
14.1.3	Aufzeichnungspflichten	425

14.2	Verwertbarkeit bzw. Unverwertbarkeit von Aufzeichnungen	444
14.2.1	Schätzungsbefugnis	445
14.2.2	Verwertbarkeit bzw. Unverwertbarkeit von Aufzeichnungen . . .	445
14.2.3	Berichtigungen der Einkünfte bei verwertbaren Aufzeichnungen	447
	Literatur	450
15	Umsatzsteuer bei Umstrukturierungen	453
	Heiko Borberg und Stefan Runge	
15.1	Relevanz der Umsatzsteuer bei Umstrukturierungen	453
15.2	Umsatzsteuerliche Aspekte in der Umstrukturierung	454
15.2.1	Zentrale Ausgangsfrage: Vorliegen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen	454
15.2.2	Kein Vorliegen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen	464
15.3	Das Recht auf Vorsteuerabzug	469
15.3.1	Kumulative Voraussetzungen für den Vorsteuerabzug	470
15.3.2	Praxisbeispiele	470
15.3.3	Geltendmachung von Vorsteuerbeträgen	472
15.4	Umsatzsteuerliche Aspekte nach einer Umstrukturierung	473
15.4.1	Marktauftritt	473
15.4.2	Verfahrensrechtliche Aspekte	476
15.4.3	Weitere organisatorische Aspekte im Rahmen von Umstrukturierungen	478
	Literatur	479
16	Industrieperspektiven auf Funktionsverlagerungen	481
	Björn Heidecke, Richard Schmidtke und Jobst Wilmanns	
16.1	Einleitung	481
16.2	Retail-und-Consumer	482
16.2.1	Typische Merkmale der Industrie	482
16.2.2	Typische Wertschöpfungsketten	483
16.2.3	Erfolgsfaktoren	484
16.2.4	Langfristige Trends	484
16.2.5	Mögliche Funktionsverlagerungen	485
16.3	Automobilindustrie	486
16.3.1	Typische Merkmale der Industrie	486
16.3.2	Typische Wertschöpfungsketten	487
16.3.3	Erfolgsfaktoren in der Automobilindustrie	487
16.3.4	Langfristige Trends	489
16.3.5	Mögliche Funktionsverlagerungen	490
16.4	Technologieindustrie	491
16.4.1	Typische Merkmale der Industrie	491
16.4.2	Typische Wertschöpfungskette	492

16.4.3	Langfristige Trends	492
16.4.4	Mögliche Funktionsverlagerungen	495
16.5	Pharmazeutische Industrie	496
16.5.1	Typische Merkmale der Industrie	496
16.5.2	Typische Wertschöpfungsketten	498
16.5.3	Erfolgsfaktoren	500
16.5.4	Langfristige Trends	500
16.5.5	Mögliche Funktionsverlagerungen	501
16.6	Chemische Industrie	501
16.6.1	Typische Merkmale der Industrie	501
16.6.2	Typische Wertschöpfungsketten	504
16.6.3	Erfolgsfaktoren	505
16.6.4	Langfristige Trends	506
16.6.5	Mögliche Funktionsverlagerungen	507
16.7	Versicherungsindustrie	508
16.7.1	Typische Merkmale der Industrie	508
16.7.2	Typische Wertschöpfungsketten	509
16.7.3	Erfolgsfaktoren	510
16.7.4	Langfristige Trends	511
16.7.5	Mögliche Funktionsverlagerungen	511
16.8	Banken	512
16.8.1	Typische Merkmale der Industrie	512
16.8.2	Typische Wertschöpfungsketten	513
16.8.3	Erfolgsfaktoren im Geschäftsmodell von Banken	514
16.8.4	Langfristige Trends	514
16.8.5	Aspekte von Funktionsverlagerungen	515
	Literatur	516
17	„Im Gespräch...“	519
	Björn Heidecke, Richard Schmidtke und Jobst Wilmanns	
17.1	„... mit Vertretern der Industrie“	520
17.2	„... mit einem ehemaligen Betriebsprüfer“	529
17.3	„... mit einem Vertreter des BMF“	534
	Literatur	541
	Stichwortverzeichnis	543